

Wie christlich ist eigentlich die CDU?

Die CDU ist nicht mehr so katholisch wie einst. Seit Angela Merkel den Papst kritisiert hat, sind die Kirchentreuen verstimmt. Wie eine christliche Partei mit Geschiedenen, Patchworkfamilien und den Konservativen umgeht

Von Mariam Lau

Wenn am Donnerstagmorgen um 7.30 Uhr die Kapelle im Reichstag ihre Pforten für den katholischen Gottesdienst auftut, kommen von 223 CDU-Bundestagsabgeordneten meist etwa 20. "Ich muss leider sagen", stellte der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner vor einiger Zeit bitter fest, "dass die CDU sich bei christlich denkenden Menschen zunehmend selbst entwurzelt." Selbst in Bayern, so der Kardinal, stünde vielfach bestenfalls noch ein "barockes Gehäuse", das nur notdürftig über "manche Hohlheit hinwegtäuscht". Und für viele konservative Katholiken in der Union hat diese Entfremdung auch einen Namen: Angela Merkel.

Die Kritik der Kanzlerin an Papst Benedikt XVI. wegen der Aufhebung der Exkommunikation des Bischofs und Holocaust-Leugners Richard Williamson hat sie empört. "Ignorant und kaltherzig" nennt der CSU-Politiker Peter Gauweiler Merkels Kritik, "überflüssig" findet sie der CDU-Abgeordnete Hubert Hüppe. "Ich hätte es nicht getan", sagt der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Andere werden noch deutlicher. "Das hat uns noch gefehlt", schrieb der CDU-nahe konservative Publizist Alexander Gauland, den Merkels Intervention an Bismarcks Kulturkampf erinnert. Die Mischung aus "deutschem moralischem Hochmut und billiger Effekthascherei" seitens der Kanzlerin solle nur verdecken, dass sie in der Innenpolitik keine Richtlinienkompetenz habe. Für den ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Werner Münch, ist Merkel ein Grund, aus der CDU auszutreten.

Die privilegierte Partnerschaft zwischen den Christdemokraten und den Kirchen, zumal der katholischen Kirche, ist porös geworden. Nicht nur kulturell tun sich Gräben auf, mit den Scheidungen, den Unverheirateten, den Patchworkfamilien in der Parteispitze, die noch in den 80er-Jahren ein Spitzenamt ausgeschlossen hätten. Noch nie zuvor hat sich die CDU - wenn auch in höflichsten Worten - die Einmischung der Kirche in ihre Debatten so deutlich verbeten wie bei dem Konflikt um die Stammzellenforschung im vorvergangenen Winter. Da löst sich etwas. Und zum Bedauern von CDU-Po-

litikern wie Wolfgang Bosbach, der alte Bande gern aufrechterhalten würde, ist das oft nicht eine leidenschaftliche Auseinandersetzung, sondern mehr ein verdruckstes Wegducken.

Als "gute Zusammenarbeit, gepaart mit leichter Enttäuschung", beschreibt Bosbach das Verhältnis der C-Parteien zur Kirche. In Bosbachs Fachgebieten, Innen- und Rechtspolitik, stößt er immer wieder auf den Vorwurf, "ihr vertritt christliche Auffassungen nicht konsequent genug". Von den drei Entwürfen zum Thema Patientenverfügung beispielsweise sei seiner, Bosbachs, der Position der katholischen Kirche noch am nächsten gewesen. Als der Fraktionsvize sich dann aber über zu wenig Unterstützung aus dem "vorpolitischen Raum" beklagte, hielt man ihm entgegen, sein Entwurf sei nicht "konsequent". Die Kirche, so Bosbach, müsse ja keine Kompromisse eingehen. Als sich Bosbach mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble für die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in der Bundesrepublik eingesetzt hat, reagierte die Deutsche Bischofskonferenz reserviert: Man dürfe keine Beschränkung auf eine Gruppe vornehmen! Bosbach hofft, dass man sich wieder nähert, über gemeinsame Anliegen. Er verspricht sich da einiges vom Thema Spätabtreibungen.

Dass CDU und katholische Kirche längst nicht mehr ganz auf einer Linie liegen, weiß auch die Bundestagsabgeordnete und katholische Theologin Julia Klöckner (CDU). Anders als viele Parteifreunde hat sie keine Probleme mit dem Ruffel der Kanzlerin für den Papst - wenngleich sie zugibt, es handele sich dabei um "eine Geschmacksfrage". Tatsächlich geben 75 Prozent der Unions-Anhänger Merkel im Papst-Konflikt recht, das hat eine Umfrage des "Stern" ergeben. Unter den Katholiken sind es 65 Prozent und unter allen Deutschen 71 Prozent. Inzwischen hält die 36-jährige Klöckner, die Mitglied im Zentralkomitee der Katholiken ist, die Debatte in der Union für erledigt. Der Fall sei ja dann in Merkels Sinn geklärt worden - inhaltlich habe sie, Klöckner, ohnehin niemanden getroffen, der in der Frage der Holocaust-Leugnung irgendeine andere Auffassung vertreten habe als Angela Merkel. "Außerdem nimmt sich ja der

Kölner Erzbischof auch heraus, uns zum Verzicht auf das C aufzufordern. Eine Einbahnstraße sollte das Verhältnis zwischen CDU und katholischer Kirche nicht sein, sagt Klöckner.

Geärgert haben sich Klöckner und andere engagierte katholische Unions-Frauen wie Maria Eichhorn (CSU) jüngst über den Druck des Vatikans, sie sollten sich von der katholischen Schwangerschafts-Konfliktberatung Donum Vitae lossagen. "Aber dann erreichen wir die Frauen, die eine Abtreibung erwägen, überhaupt nicht mehr, und wir vergeben die Chance, ungeborenem Leben und der Mutter beizustehen. Dieser Versuch ist nicht unchristlich, im Gegenteil", sagt Klöckner. "Die reine Lehre" sei eben das eine, die "Lebenswirklichkeit das andere".

Bei der CDU in Köln, im Bistum des eingangs zitierten meinungsfrohen Kardinals Meisner, teilt man dessen Einschätzungen zwar nur begrenzt, will ihn aber auch nicht marginalisiert sehen. "In Köln können Sie überall punkten, wenn Sie sich über den Kardinal lustig machen", meint Andreas Reimann, der sich im Wahlkreis Köln II um die Kandidatur der CDU gegen die SPD-Abgeordnete Lale Akgün für den Bundestag bewirbt. "Aber man kann nicht am Sonntag in die Kirche gehen - wo das Gebet für den Bischof ja Teil des Ritus ist - und ihn dann im Biergarten verspotten." Reimann ist mit 16 Jahren in die CDU eingetreten, vor allem, weil ihm die hohe Zahl der Abtreibungen keine Ruhe gelassen hat. "Wir sind eines der reichsten Länder der Welt", meint der Vater von zwei Kindern, eines davon mit Downsyndrom. "Es will mir nicht in den Sinn, dass wir jährlich 140 000 Kinder abtreiben. Wenn Sie das für die letzten 15 Jahre zusammenrechnen, dann wären das zwei Millionen Kinder, die uns ein Lachen geschenkt hätten."

Die Christdemokraten in Köln setzen sich ganz entschieden gegen den Verein Pro Köln ein, der gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Ehrenfeld polemisiert. Auch mit dem Verein "Christen pro Köln" will man nichts zu tun haben. "Köln ist bunt, nicht braun - und das soll auch so bleiben", heißt es in einem Flugblatt der Kölner. Die CDU ist nicht gegen die Moschee an sich. Sie ist

dagegen, dass in der Moschee ein Friseur und ein Reisezentrum Platz finden, man will ein Gotteshaus und keine "Parallelgesellschaft". "Dass Türken hier Moscheen bauen können", sagt Reimann entschieden, "das ist doch wohl selbstverständlich."

Unter den Mitgliedern der CDU überwiegen zwar noch immer die Katholiken über die Protestanten im Verhältnis 3:1. Von über einer halben Million Mitglieder sind 300 000 katholisch. Aber die Protestanten holen auf, ebenso die Nichtgläubigen. 75 Prozent aller Katholiken, die regelmäßig zum Gottesdienst gehen, wählen die CDU. Im Grundsatzzprogramm heißt es: "Aus dem christlichen Glauben lässt sich nicht unmittelbar ein politisches Programm ableiten." Eine Vielzahl christlicher Politiker denkt so wie der Berliner Pater Mertes: "Man sollte den Glauben nicht wie eine Monstranz vor sich hertragen."

Heute kann man sich kaum noch vorstellen, wie groß das Misstrauen zwischen den Konfessionen bei der Parteigründung nach dem Krieg war. Dabei standen sich oft die arbeiterfreundlichen rheinischen Katholiken und die preußischen Protestanten gegenüber, die einander im Verdacht hatten, zu links oder zu zentralistisch zu sein. Es war der Antitotalitarismus, der sie zusammenhielt. Bei der Besetzung von Posten wurde demnach streng auf den Proporz geachtet. Das Verhältnis zwischen CDU und evangelischer Kirche kühlte schon in den 60er- und 70er-Jahren ab, vor allem wegen der "Frauenfrage", und erreichte mit den 80er-Jahren und der Friedensbewegung geradezu Frostgrade.

Tendenziell sind die Protestanten in der Union nach wie vor die Konservativeren. Inzwischen hat sich eine Art Äquidistanz zu beiden Kirchen herausgebildet. Mit einer protestantischen

Bundeskanzlerin, die offen ihrer Sympathie für die hannoversche Bischöfin Margot Käßmann Ausdruck verleiht, einer Familienministerin, die in ganz schwarzen Gegenden inbrünstig verteuert wird, und einer Osterweiterung der CDU, die insgesamt mehr Protestanten in die Partei gebracht hat, ist der Proporz endgültig ins Wanken geraten.

Georg Brunnhuber, CDU-"Urgestein" aus dem badischen Oberkochen, der demnächst aus dem Bundestag ausscheidet, hatte sich sehr über Merkels Intervention gegen den Papst geärgert. Aber über den konservativen Politiker und die protestantische Kanzlerin ist aus früheren Tagen eine sprechende Anekdote überliefert. Als Kanzlerkandidatin habe Merkel Brunnhuber gefragt, ob sie denn konservativ genug sei für die CDU? Da habe Brunnhuber ihr entgegnet: "Ach lass mal, konservativ sind wir alleine. Du musst unsere Töchter für die Partei gewinnen!"